

Gewerkschaften in der großen Transformation. Zangenkrise Rechtspopulismus – Arbeitspolitik

Prof. Klaus Dörre
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Aus unseren Kämpfen lernen.

Streiks auswerten, Strategien entwickeln, politischer werden.

4. Konferenz Gewerkschaftliche Erneuerung

Braunschweig, 16. Februar 2019



Gliederung

- I. Drei Thesen
- II. Die Große Transformation
- III. Der neue Rechtspopulismus
- IV. Rechtspopulistische Orientierungen im Alltagsbewusstsein
- V. Antworten der Gewerkschaften

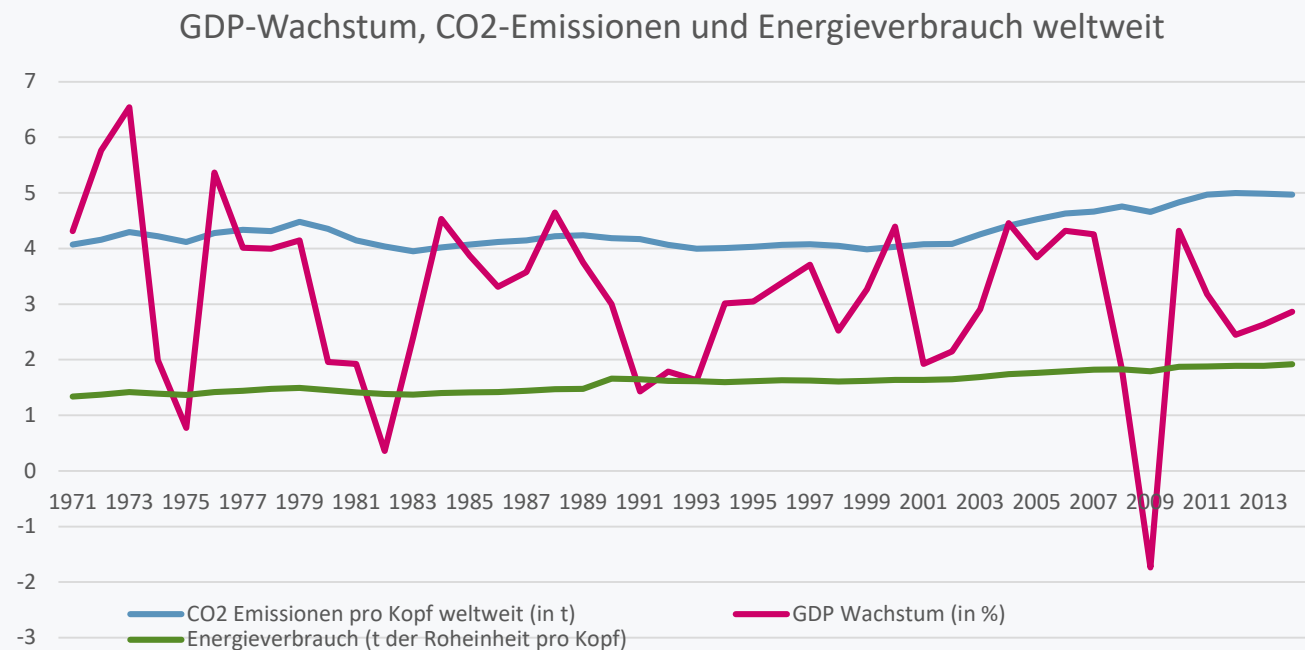
I. Drei Thesen

- (1) Wir erleben eine Zeitenwende. Die Globalisierung ist repulsiv geworden. Das heißt sie erzeugt Folgewirkungen, die auf die verursachenden Zentren zurückschlagen und dort eine große gesellschaftliche Transformation auslösen.
- (2) Der Rechtspopulismus beantwortet die neuen Herausforderungen mit einer konformistischen, weil für die Eliten letztlich herrschaftssichernden Revolte.
- (3) Die Gewerkschaften müssen sich zwischen konservierender und transformierender Interessenpolitik entscheiden.

II. Die Große Transformation

Die Globalisierung schlägt zurück in Gestalt

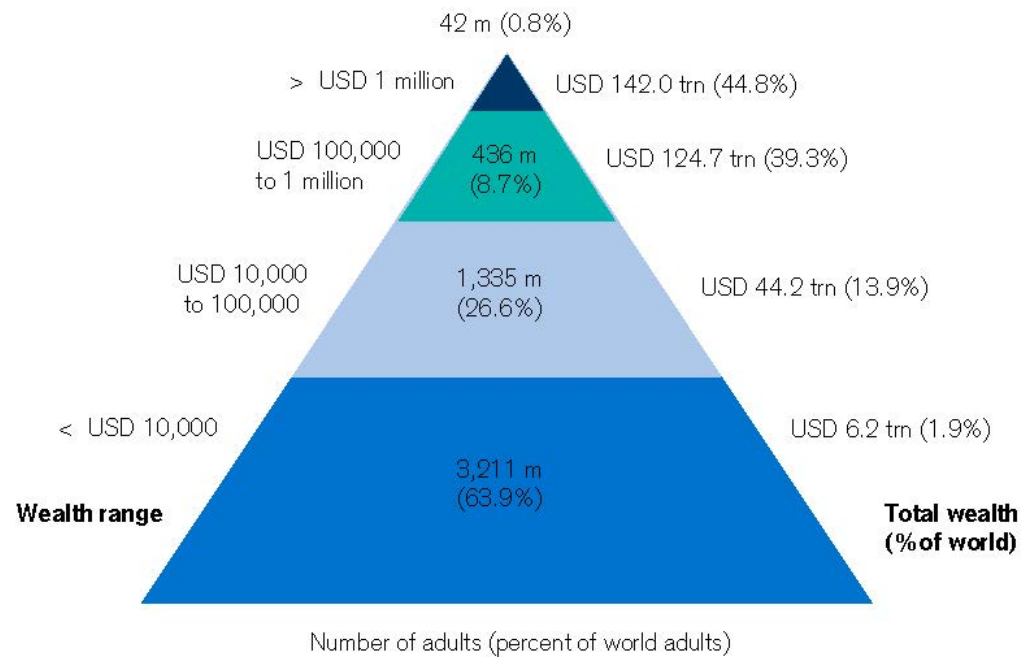
(1) niedriger Wachstumsraten in den alten kapitalistischen Zentren;



Quelle: Weltbank 2018

(2) zunehmender Ungleichheit und Unsicherheit;

Figure 1: The global wealth pyramid 2018

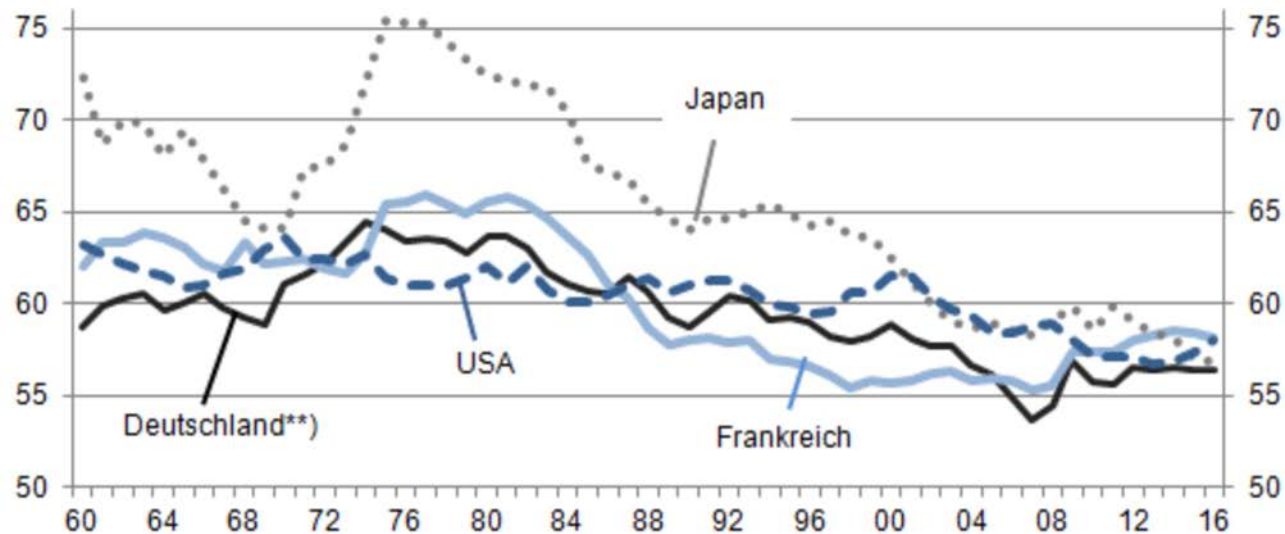


Source: James Davies, Rodrigo Lluberas and Anthony Shorrocks, Credit Suisse Global Wealth Databook 2018

Quelle: Credit Suisse, Global Wealth Report 2018, S. 20.

bereinigte Arbeitseinkommensquote in ausgewählten Ländern^{*)}

Prozent



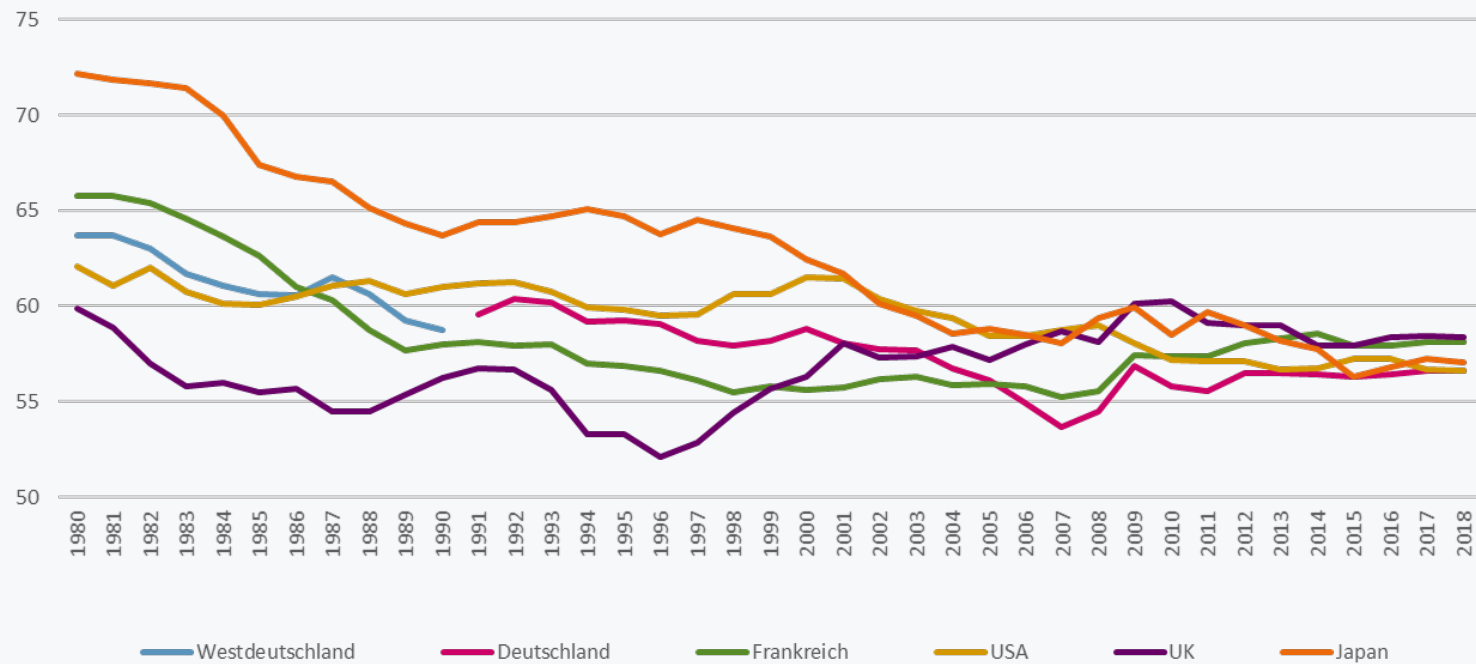
^{*)} Arbeitsentgelt pro Arbeitnehmer im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem

^{**)} bis 1990 Westdeutschland

Quelle: AMECO

©UR

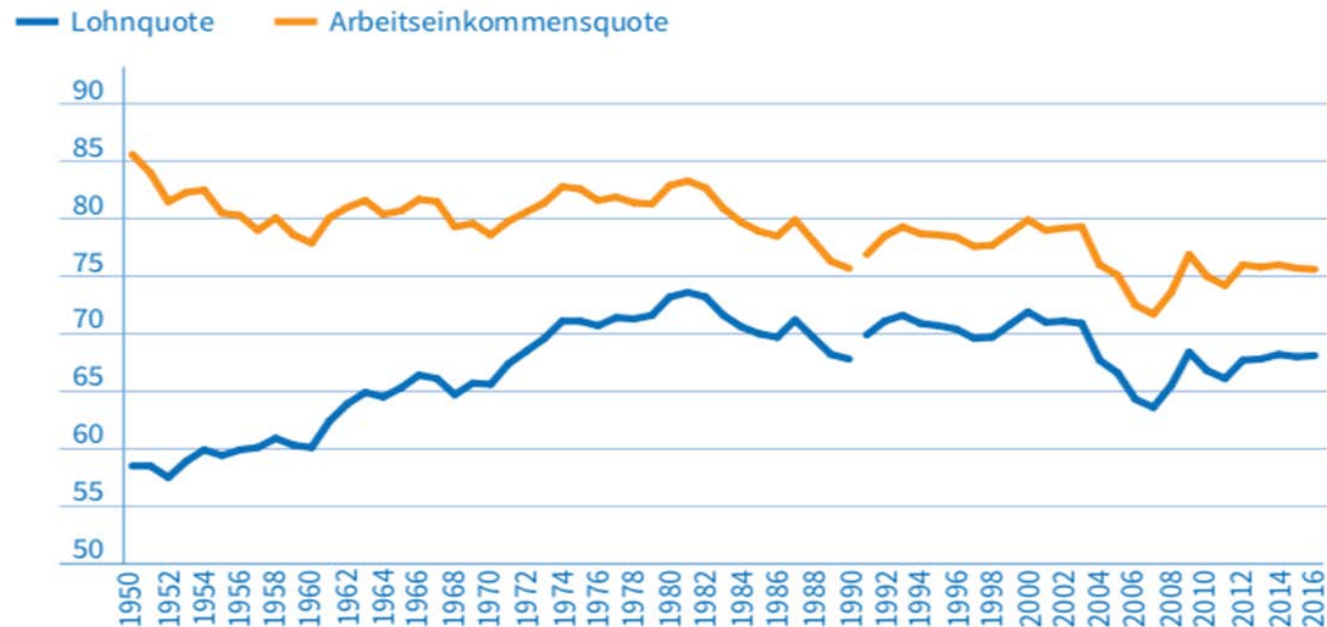
Lohnquote ausgewählter Industrieländer (Lohn je Beschäftigtem in Prozent des BIP je erwerbstätige Person)



Quelle: AMECO 2017

Langfristige funktionelle Einkommensverteilung in Deutschland

Anteil der Arbeitnehmerentgelte¹⁾ und der Arbeitseinkommen²⁾ am Volkseinkommen in Prozent



1950 bis 1991 Westdeutschland, ab 1991 Deutschland.

1) Lohnquote: Arbeitnehmerentgelte wurden früher als Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit bezeichnet.

2) Arbeitseinkommensquote: Summe der Arbeitnehmerentgelte (der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer) und des Arbeitseinkommens der Selbstständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) errechnet aus der Anzahl der Selbstständigen multipliziert mit dem Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers.

Quellen: Grömling, 2006; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

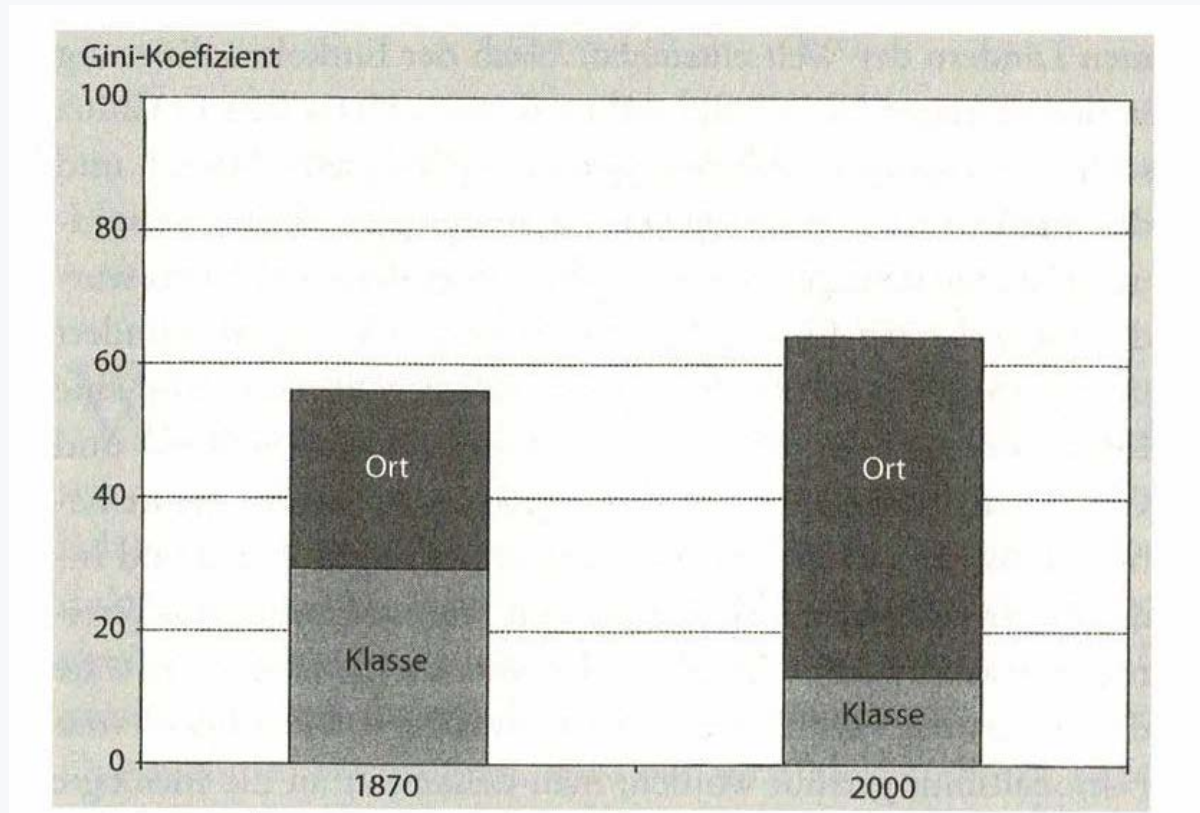
Abbildung 1: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/333866/storage/master/download/abb1.xlsx

- 44 Prozent des Einkommenszuwachses, der zwischen 1988 und 2008 erzielt wurde, entfallen auf die reichsten 5 Prozent, nahezu ein Fünftel auf das reichste eine Prozent;
- die aufstrebenden Mittelklassen in den Schwellenländern verfügten lediglich über 2 bis 4 Prozent der absoluten Zuwächse;
- die Industriearbeiter*innen der reichen Länder des Nordens sind die Verlierer*innen der Globalisierung.

(3) einer Fluchtmigration, die nun auch die alten Zentren erreicht



Abb.: Level und Komposition globaler Ungleichheit („Ortsbonus“) gemäß Gini-Koeffizient 1870, 2000.



III. Der neue Rechtspopulismus

Drei Antworten des völkischen Populismus auf die große Transformation:

- Antwort auf die soziale Frage: Ethnisierung von Eigentum. Die nationale Identität als Aufwertungsmechanismus.
- Antwort auf den Klimawandel: Leugnung.
- Antwort auf libertäre Werte: Rückbesinnung auf Leistungsethos und Nationalkultur

Ethnopluralismus/Neorassismus: Bei oberflächlicher Betrachtung ein zeitgemäßes Konzept kultureller Autonomie, können mit Hilfe dieses Ideengebäudes wahlweise die Kolonisierung des globalen Südens, Bedrohungen durch den Amerikanismus, die Unterdrückung von Regionalismen in Europa oder eine Einwanderung in die Sozialsysteme attackiert werden. All das geschieht im Namen einer gleichsam naturalisierten, homogenen Nationalkultur. Folgt man diesem „Rassismus ohne Rassebegriff“, sind nur unvermischte Kulturen stark, der melting pot kann hingegen nicht funktionieren. Deshalb sollen alle Menschen ihre Kultur leben können – und zwar am besten dort, wo die jeweilige Kultur ursprünglich beheimatet ist. Unversehens verwandelt sich so ein attraktiv klingendes Plädoyer für kulturelle Autonomie in eine Rechtfertigung von Abschottung, die, würde sie konsequent angewendet, eine Welt voller Apartheidstaaten hervorbringen müsste.

Was ist neu?

- (1) Vermassung:** Beispiel Sarrazin: „Während die Tüchtigen aufsteigen und die Unterschicht oder untere Mittelschicht verlassen, wurden und werden in einer arbeitsorientierten Leistungsgesellschaft nach ‚unten‘ vor allem jene abgegeben, die weniger tüchtig, weniger robust oder ganz schlicht ein bisschen dümmer und fauler sind“ (Sarrazin 2015: 79 f.).

- (2) Sozialpopulismus:** Als marktradikale Partei gegründet, entwickelt sich die AfD seither ähnlich wie ihre europäischen Vorbilder mehr und mehr zu einer völkisch-sozialpopulistischen Formation. Intern ist dieser Kurs allerdings umstritten.
- Nationalkonservative sehen in der bürgerlichen Mitte die „eigentlich revolutionäre Klasse“, deren Endzweck „nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft“ (Jongen 2014) sei.

- Der national-soziale Flügel hält dagegen: Die „soziale Frage der Gegenwart“ bestehe nicht primär in der „Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten“, die „neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ sei „die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen“ (Björn Höcke).
- Setzt die liberal-konservative Strömung auf einen Volkskapitalismus, der Mittelstand und Arbeiterschaft versöhnen soll, hält der national-soziale Flügel den DGB-Mitgliedsorganisationen vor, den „Gegnerbezug zu den Arbeitgebern“ nicht glaubhaft zu praktizieren, weil die Gewerkschaftsspitzen selbst „oben“ seien und die Gliederungen eher gefügigen „Staatsgewerkschaften“ ähnelten.

IV. Rechtspopulistische Orientierungen im Alltagsbewusstsein von Lohnabhängigen

(1) Spaltung: Dichotomie mit Zusatz

*„Meine Eltern sind beide Arbeiter [...], ich habe kein Abi gemacht, kein Studium angefangen, habe halt mein Realschulabschluss und meine Ausbildung gemacht und arbeite jetzt. Und ich bin mir relativ sicher, dass [...] es dabei bleiben wird [...] Ich würde mich schon zur mittleren Mittelschicht zählen, aber dabei wird es einfach bleiben. Und [...] **diese Spalte zwischen Mittelschicht [...] und der Oberschicht, die ist halt einfach riesengroß. Und ich werde diese Spalte niemals überspringen können, in meinem Leben nicht, kann ich machen, was ich will. Und so geht es einfach sehr, sehr vielen!**“*

(2) Ethnisierung: Von oben-unten zu innen-außen

*„Jeder Deutsche hat ein Grundgehalt von 3.300 Euro so im Durchschnitt. [...] **Dann frage ich mich jetzt, was bin ich dann? Bin ich kein Deutscher? Bin ich irgendwas?** Ich meine, ich sage, ich habe 1.600 brutto. (Interviewer: 1.600 brutto, mhm.) Brutto, nee, 1.700. Was will ich damit? Damit kann ich nicht leben. Und das ist wieder das, was am Anfang war. Der Ossi weiß zu überleben. Einer aus dem Westen drüben, der würde für das Geld nicht einmal aufstehen [...] Dass wir mal fortgehen können. Da müssen wir wirklich, wirklich aufs Geld gucken. Urlaub. Das ist alles, wo man sagt, das sind einfach die Dinge, die normalen Dinge, die man sich als Ausgleich mal gönnt. Und für die kann man sich, das geht nicht.“*

*„Dass du als arbeitender deutscher Bürger, auf Deutsch, dass dir ständig in den Arsch gelatscht wird von der eigenen Regierung, auf Deutsch gesagt. Du kriegst immer wieder irgendwo, du gehst jeden Tag deine acht Stunden arbeiten, du zahlst deine Steuern, du machst deine Rentenversicherung, **du zahlst überall Beiträge und musst dann selber noch überall draufzahlen, wo eben die Flüchtlinge alles, es ist eben so, die kriegen das. Das müssen wir mitbezahlen mit unseren Steuergeldern.**“*

(3) Identität: Selbstaufwertung durch Abwertung

*„Flüchtlinge müssten, also meiner Meinung nach, die müssten raus. Wer hier jetzt herkommt, arbeitet, sich integriert, wer sich einordnet, unterordnet, kein Thema. Da habe ich ja nichts dagegen. Aber die, die nur hierher kommen und die Hand aufhalten und sich benehmen wie das Letzte und denken, die können sich alles erlauben, raus. Ich meine, das klingt zwar vielleicht blöd oder hart, weil bei manchen bei uns so. **Ich hätte kein Problem damit, jetzt mal Buchenwald wieder aufzumachen, einen Stacheldraht ringsrum, die dort rein, wir dort draußen. Dann kommt sich keiner in die Quere.** Und die dort so lange drinnen lassen, alles natürlich normal human, aber würde sich keiner, also jetzt mal so krass ausgedrückt, und werden dann abgeschoben, fort. Gar nicht irgendwie, dass irgendwas passieren kann.“*

(4) Demokratie: Wir sind das Volk

*„Na, für mich wäre erstmal eine **gute Demokratie, wenn wir eine Volksabstimmung hätten, dort müsste man anfangen.** Und das Zweite wäre [...] dann bräuchte man wahrscheinlich auch mal eine Gesetzesänderung, zum Beispiel im Strafgesetz, ist meine Meinung, wo Straftäter, die richtig was machen – jemanden umbringen, vergewaltigen etc. Und wenn da ein Urteil im Namen des Volkes gesprochen wird, und der kommt mit anderthalb Jahren Bewährung weg, dann kann dort irgendwas nicht stimmen. **Also, Demokratie bedeutet für mich ein ordentliches Strafgesetz, und [...] Volksabstimmungen [...] wo man sieht, wo die Stimmung von Deutschland hingeht oder von den Menschen im Land, dass nicht irgendein Politiker sich anmaßt: Ich entscheide das jetzt mal für alle, oder so. Ob ich selber mich politisch engagieren würde, weiß ich nicht.**“*

(5) Gewalt: Ausnahmezustand und Notwehr

„[...] Weil Gewalt erzeugt auch Gegengewalt, also es ist ja so, ja wie gesagt, es ist, es passieren sehr viele Zwischenfälle mit Ausländern [...]. Das wird kleingeredet. Das interessiert keinen irgendwo. Und ich meine, wenn mir jetzt irgendwo oder wenn meiner Familie jetzt, meinen Kindern oder irgendwie, wenn da was passieren würde mit so einem Ausländer und da würde nichts weiter irgendwie, dann, **ich würde dann auch, ja im Prinzip Gewalt anwenden jetzt mal. Ich würde auch irgendwo Selbstjustiz machen.** Das wäre für mich dann irgendwo, das ist ein Schritt zu weit dann [...] Ich würde dann, wenn meiner Familie jetzt oder wenn irgendwie, wenn ich merke, die werden belästigt dann oder wenn das weitergehen sollte wie was hier Silvester war in, war das Hamburg, nee, Köln. Das ist das, wo ich sage, das provoziert ja die Gewalt noch mit, **die Gegengewalt irgendwo und man muss sich doch wehren. Man kann doch nicht nur ducken und die Backen hinhalten.**“

(6) Systemfrage: Verschwörungstheorien

*„Weil die Sache ist ja die bei PEGIDA: Ist ja nicht so, dass die auf die Straße gehen und hier...dass das alles Nazis sind und hier sonstwelche Parolen brüllen und alle die Ausländer irgendwo verbrennen wollen oder verbannen wollen. Das ist ja überhaupt nicht der Fall. **Die gehen halt auf die Straße, weil irgendwas mit dem System nicht stimmt.**“*

V. Antworten der Gewerkschaften

*„Es ist nicht einfach Angst, es ist eine Mischung von vielen Einflüssen, die Arbeitnehmer unzufrieden macht. Im Osten leben die meisten an Orten aus denen man kommt und nicht in Städten, in die man geht. Man kann fest angestellt sein und verdient doch nicht genug, um sich ein Leben leisten zu können, wie es die Medien als normal darstellen. Viele haben das Gefühl, in einer prosperierenden Gesellschaft nicht mithalten zu können, den Anschluss zu verlieren. Für diese Probleme gibt es aber keine gesellschaftliche Öffentlichkeit. **Arbeiter kommen nirgendwo vor.** Und dann kommen die Flüchtlinge und erhalten eine Aufmerksamkeit, die man selbst nicht bekommt. Es gibt Investitionen, Lehrer, Personal für Sprachkurse und berufliche Qualifizierung. Das halten viele für ungerecht. Und deshalb ist es selbst für Betriebsräte und aktive Gewerkschafter kein Widerspruch, sich aktiv an einem Arbeitskampf zu beteiligen und gleichzeitig zur PEGIDA-Demonstration zu gehen.“ (Gewerkschaftssekretär)*

Vorschlag 1: *Nachhaltigkeitsziele sind Koordinaten, die eine gesellschaftlich erwünschte Richtung der Transformation anzeigen können.*

Vorschlag 2: *Arbeit ist mehr als bezahlte Erwerbstätigkeit. Nachhaltige Arbeitspolitik sollte fünf Arbeitsvermögen im Blick haben.*

Vorschlag 3: *Mit dem Wertschöpfungssystem Automobil gerät das Herzstück des deutschen Wirtschafts- und Industriemodells in einen – wahrscheinlich radikalen – Strukturwandel.*

Vorschlag 4: *Die Bundesrepublik und insbesondere alte Industrieregionen benötigen eine bevölkerungsnahe Industriepolitik.*

„Industrie hat sozusagen keinen ausreichenden Vertrauensüberschuss, sie hat keinen eigenen Utopieüberschuss für das Zeitalter des Klimawandels und der Digitalisierung. Sie bietet keine Story. Was ich sagen will, ist, die Story, die Zukunftsstory, wird nicht von der Industrie gemacht. Und, ich sage mal, auch nicht von den Industriegewerkschaften. Wir haben also gigantische Herausforderungen, die irgendwie allen bekannt sind, aber in ihrem Zusammenhang und ihrer-, ihres systemischen-, in ihrem systemischen Risikopotenzial nicht ausreichend erkannt werden. Erkannt werden wollen, müsste man fast eher sagen. Wir haben eine taktische Kommunikation. Also, wenn man sich diesen Koalitionsvertrag der Bundesregierung, diese staatspolitische Notlösung durchliest, dann ruft alles, nach mehr strategischem Denken. Das ist sozusagen symbolhaft. Es gibt kein Leitmotiv, es gibt keinen Diskurs über Leitmotive, geschweige denn entwickelte Leitmotive, die sozusagen einem öffentlichen Diskurs ausgesetzt werden würden. Und es gibt beim Hauptakteur, der Industrie selbst, keine Story, sondern man schafft schlechte Nachrichten, zeigt Hilflosigkeit und Überforderung. Und in diesem Umfeld muss, glaube ich, eine Renaissance der Industriepolitik im Industrieland Deutschland begründet werden. Dazu müssen die Akteure einschließlich der Gewerkschaften aus meiner Sicht in ihren eigenen Konzepten klarer und deutlicher werden und vor allen Dingen auch sich aus sektoraler Einzelbetrachtung zu einem, den Begriff des Leitmotivs oder der Leitmotive rechtfertigenden übersektoralen Verständnis, weiterentwickeln.“ (Leiter Netzwerk der Industrie)

Vorschlag 5: *Nachhaltige Arbeitspolitik zielt auf Löhne und Einkommen für ein gutes Leben; diese liegen deutlich oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns.*

Vorschlag 6: *Die Arbeitszeit steht im Zentrum vieler Veränderungen. Künftig sollte gelten: Weniger Arbeiten heißt besser leben. Eine bedingungslose Grundzeit für alle würde soziale und ökologische Nachhaltigkeit stärken.*

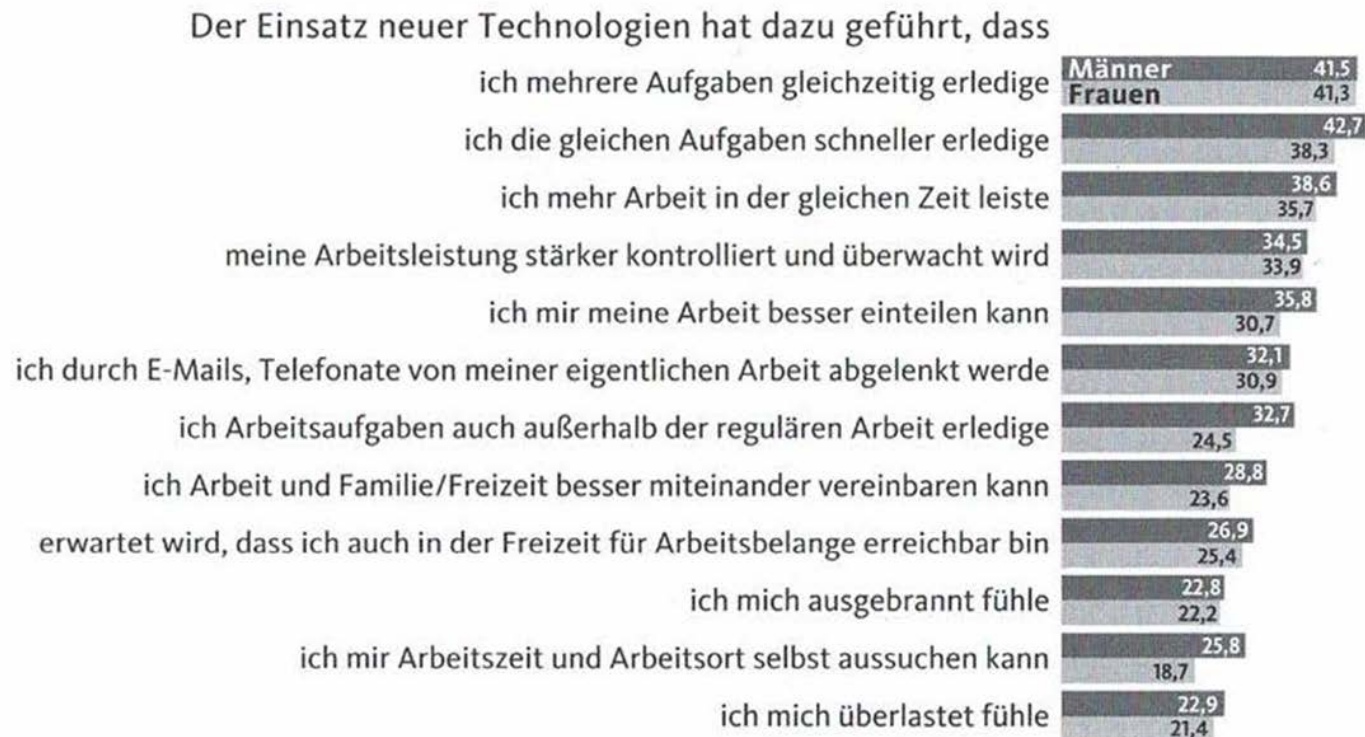
Mit der neuen Phase der Digitalisierung rückt der Zeitpunkt näher, an dem „die Surplusarbeit der Masse“ aufgehört hat „Bedingung für die Entwicklung des allgemeinen Reichtums zu sein, ebenso wie die Nichtarbeit der Wenigen für die Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes“. Das Kapital als prozessierender Widerspruch vermindert die Arbeitszeit „in der Form der notwendigen, um sie zu vermehren in der Form der überflüssigen“ (593). Nun zeigt sich: „Wealth ist nicht Kommando von Surplusarbeitszeit (realer Reichtum), sondern disposable time“ für „jedes Individuum und die ganze Gesellschaft“ (Karl Marx, Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin, 593-394).

Vorschlag 7: *Fachkräfteengpässe und daraus resultierende Arbeitsmarktprobleme können durch Qualifizierung und Zuwanderung angegangen werden.*

Vorschlag 8: *Leistungsabforderung im Beruf darf nicht zu Lasten der Gesundheit gehen; nur gesundheitlich unbedenkliche Arbeit ist nachhaltige Arbeit.*

Abb. 25: Wahrgenommene Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsbedingungen (Anteile der Befragten in %)

Gute Arbeit



Quelle: BKK-Gesundheitsreport 2017, S. 112.

Vorschlag 9: *Professionelle Sorgearbeit muss finanziell und in der gesellschaftlichen Wertschätzung aufgewertet werden. Der Kampf der Erzieher*innen für die Aufwertung ihres Berufs hat in dieser Hinsicht Vorbildcharakter.*

Vorschlag 10: *Bildung und Ausbildung müssen für den sozialökologischen Umbau qualifizieren; wir benötigen ein sozial durchlässiges, öffentlich finanziertes Bildungssystem, das auf den gesamten Lebenslauf ausgerichtet ist und sich neuen Inhalten öffnet.*

Vorschlag 11: *Eine Entprekarisierung der Arbeitswelt ist zwingend erforderlich, dazu muss der Druck von den verwundbarsten Gruppen am Arbeitsmarkt genommen werden.*

Abb. 1: Beschäftigung und Arbeitsvolumen 1991–2017 (in 1000) Gute Arbeit

	1991	2000	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
ArbeitnehmerInnen	35 227	35 922	36 533	37 014	37 500	37 869	38 306	38 721	39 288	39 983	40 660
Vollzeit	28 911	25 309	22 825	22 918	23 230	23 288	23 534	23 705	23 958	24 335	24 709
Teilzeit	6 316	10 613	13 707	14 096	14 270	14 581	14 772	15 017	15 330	15 648	15 950
Teilzeitquote	17,9%	29%	37,5%	38,1%	38,1%	38,5%	38,6%	38,8%	39,0%	39,1%	39,2%
Arbeitsvolumen (in Mio. Stunden)	52 089	48 837	47 845	48 665	48 785	48 871	49 726	49 741	50 308	50 930	51 849

Zahlen für 2018 sind Schätzungen; Teilzeit = inkl. geringfügige Beschäftigung
Quelle: IAB Kurzberichte 6/2016, 9/2017 und 7/2018

Quelle: Lothar Schröder/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.), *Gute Arbeit 2019. Transformation der Arbeit – Ein Blick zurück nach vorne*, S. 284.

Vorschlag 12: *Mitbestimmung sollte auf das Wie, das Was und das Wozu der Produktion von Gütern und Dienstleistungen ausgeweitet werden. Sinnvoll sind Wirtschafts- und Sozialräte, die ein annäherndes Gleichgewicht gesellschaftlicher Kräfte wiederherstellen.*

Vorschlag 13: *Nachhaltige Arbeitspolitik benötigt die Vision einer besseren Gesellschaft.*

„Im Kapitalismus über ihn hinaus – das ist, was heute vielerorts bereits passiert und was wir stärken wollen. [...] Unsere Vision ist und bleibt diejenige einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie. [...] Mehr Demokratie ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung zu einer wirklichen Chance für die Menschen wird. [...] Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechte Verteilung wirtschaftlicher (Entscheidungs-)macht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen.“ (Sozialdemokratische Partei der Schweiz 2016)

Auf die Frage, ob er bedauere, sich für einen demokratischen Sozialismus ausgesprochen zu haben, weil seine volksnahe Botschaft ohne das S-Wort vielleicht besser angekommen wäre, antwortete der in Vorwahlen geschlagene Demokrat Bernie Sanders: „Nein, ich bedauere das nicht. Für mich bedeutet demokratischer Sozialismus, dass ich auf dem aufbaue, was Franklin D. Roosevelt sagte, als er dafür kämpfte, allen Amerikanern grundlegende wirtschaftliche Rechte zu garantieren. Und es bedeutet, dass ich auf dem aufbaue, was Martin Luther King im Jahre 1968 sagte: ‘In diesem Land gibt es Sozialismus für die Reichen und erbarmungslosen Individualismus für die Armen.’ [...] Für mich bedeutet Sozialismus, dass wir eine Volkswirtschaft aufbauen, die nicht nur für die Reichen, sondern für alle funktioniert.“ (Sanders 2018, Jacobin, Berlin, S. 282-283)